

Nur CDU verweigert Zustimmung

Brensbacher Gemeindevertreter nehmen Haushalt mit breiter Mehrheit an / Rücklagen gleichen Fehlbetrag aus

Von Kirsten Sundermann

BRENSBACH. Am 17. Dezember 2020 hatte der Brensbacher Bürgermeister Rainer Müller den Haushalt 2021 eingebracht. Wie berichtet, stehen den erwarteten Erträgen von rund elf Millionen Euro Aufwendungen in Höhe von rund 11,02 Millionen Euro gegenüber. Da der Fehlbedarf von knapp 20 000 Euro aus Rücklagen ausgeglichen werden kann, muss kein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt werden.

Der Investitionshaushalt hat ein Volumen von insgesamt rund 2,2 Millionen Euro, von denen rund 1,125 Millionen Euro in Sportanlagen und somit in die Vereine investiert werden. Weitere Investitionen vorgesehen sind bei der Sanierung der Gaststätte und der Kegelbahn am Gemeindezentrum, beim Förderprogramm Wohnraum, der Fernüberwachung der Wasserversorgung, im Bereich des Bauhofs und bei der Einrichtung eines Bestattungswaldes in Affhollerbach.

Allerdings muss bei der Sanierung der Sporthalle mit Mehrkosten gerechnet werden, da die vorgefundenen Brand- und Schallschutzvorrichtungen nicht mehr den heutigen Anforderungen genügen und erneuert werden müssen. Als dieser Umstand bekannt wurde, war der Haushalt jedoch schon aufgestellt, sodass die neuen Zahlen darin nicht enthalten sind.

Bei der jüngsten Gemeindevertreterversammlung wurde der Haushalt mit den Stimmen der SPD und UWG verabschiedet. Die CDU enthielt sich, votierte beim Investitionsplan mit einer Stimme dagegen. Die Ablehnung begründete Frank Volz (CDU) in seiner Haushaltsrede damit, dass für die Sanierung des ersten Bauabschnitts des



An die langjährige Verbindung zur französischen Schwesterstadt Ezy-sur-Eure erinnert das Standbild vor Brensbachs Rathaus. „Il n'est rien à faire sans l'amitié“ steht auf dem Sockel, „Ohne Freundschaft ist nichts zu machen“.

Foto: Kirsten Sundermann

Gemeindezentrums plötzlich Mehrkosten von 441 000 Euro im Raum stünden. „Einem Investitionsplan mit solchen Unwägbarkeiten sollte man guten Gewissens nicht zustimmen“, meinte er und wies darauf hin, dass sich seine Fraktion angesichts der Pandemie mit kostspieligen Wünschen bewusst zurückgehalten habe. Am vorliegenden Haushaltsplan vermisste er Ideen zum Klimaschutz und zur Digitalisierung der Verwaltung. Die Orts-Innenentwicklung in der Kerngemeinden und den Ortsteilen stecke weiterhin in den Kinderschuhen, und auch die Verkehrs- und Parksituation in den Ortskernen von Brensbach und Wersau sei nicht geklärt.

Christian Senker von der SPD hingegen lobte die Verwaltung

für ihr Zahlenwerk und meinte, es sei alles andere als selbstverständlich, zu Zeiten der Corona-Pandemie einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden. Was die Belebung der Ortsinnenbereiche und die Wohnraum- und Gewerbeentwicklung angeht, so setzte seine Fraktion auf das Förderprogramm zur Innenentwicklung, das Anreize bietet für eine Wohnraum- und Gewerbeentwicklung in allen Ortsteilen. Es stünden Mittel bereit für den Ausbau der Straßen in der Ortsmitte von Brensbach und die Erweiterung der Parkflächen „Am Alten Bahnhof“. Geplant sei zudem die Erschließung des Neubaugebietes am Kirschberg und Wohnraumschaffung auf dem alten Bolzplatz. Auch die Arbeit der

Feuerwehren werde unterstützt, unter anderem mit dem geplanten Ausbau für das Gerätehaus in Nieder-Kainsbach. Ein weiterer Schwerpunkt sei im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu finden. So wolle man in den nächsten Jahren einen „Multifunktionsplatz“ als Fun Court einrichten und das Spielplatzkonzept weiter fortschreiben.

Die UWG zeigte sich ebenfalls bereit, den Haushaltsentwurf zu unterstützen, „wohl wissend, dass er in Zeiten von Corona Risiken beinhaltet, die später vermutlich einen Nachtragshaushalt erforderlich machen“, wie es Hans Dümmler ausdrückte. Es handele sich, unter den gegebenen Umständen, um einen „Haushalt der Vernunft“. Die UWG wolle bei

der Verabschiedung daher weder polarisieren noch polemisieren.

Bürgermeister Rainer Müller sagte, dass der Gemeindevorstand beschlossen hat, die Gebührenforderungen für die Kita-Betreuung im Monat Januar auszusetzen und dabei auch den privat geführten Waldkindergarten zu berücksichtigen. Eltern, die ihre Kinder im Februar nicht in die Einrichtungen schicken wollen, können auf Antrag auch hierfür von ihrer Beitragspflicht entbunden werden. Thomas Deininger (UWG) erinnerte daran, dass 2022 die „Goldene Hochzeit“ der 1972 durchgeführten Gebietsreform anstehe, aus der die Großgemeinde Brensbach mit ihren sechs Ortsteilen hervorgegangen war.